

Der Einmarsch des Imperiums

Wie die Intervention des Warschauer Paktes 1968 den Prager Frühling brutal beendete

Frank Herold

Die Uhr zeigt kurz vor 22 Uhr, als auf dem Prager Zivilflughafen Ruzyne über Funk eine dringende Bitte um Landeerlaubnis eingeht. Die Antwort vom Tower ist negativ: Die Maschine, ein sowjetischer Militärtransporter, möge auf dem nahe gelegenen Flugplatz der Luftstreitkräfte niedergehen, werden die Piloten an Bord der Antonow-Maschine angewiesen. Doch die haben ihre Befehle. Sie landen und setzen Fallschirmjäger ab. Diese besetzen innerhalb weniger Minuten Tower und Abfertigungshalle. Der Luftraum über der tschechoslowakischen Hauptstadt befindet sich unter sowjetischer Kontrolle. Im Minutentakt landen weitere Transportmaschinen. Zeitgleich überschreiten Soldaten des Warschauer Paktes die Grenzen der Tschechoslowakei. Es ist Dienstag, der 20. August 1968, die Intervention der CSSR durch Truppen des Warschauer Vertrages hat begonnen.

Seit Januar des Jahres 1968 wagen Kommunisten in der Tschechoslowakei tiefgreifende Reformen, um dem Sozialismus ein "menschliches Antlitz" zu geben. Wie konnten sie sieben Jahre nach dem Mauerbau, nach der blutigen Niederschlagung der Revolten gegen den Stalinismus in Berlin 1953 und in Budapest 1956 durch sowjetische Truppen noch auf die Idee kommen, ein solches Vorhaben könnte gelingen?

Die Geschichte der Staaten im sowjetischen Imperium hat bei aller äußeren Gleichförmigkeit immer ihre nationale Spezifik. Wenn man die außer Acht lässt, versteht man ziemlich wenig. Der Sozialismus war überall in Osteuropa eine von außen, von der Sowjetunion, implantierte Ordnung. Die einzige Ausnahme innerhalb des Warschauer Paktes ist die Tschechoslowakei. Dort zieht die Sowjetarmee im Herbst 1945 schon wieder ab. Die Tschechen und Slowaken haben die Kommunisten in freien Wahlen zur Mehrheitspartei gewählt. Teile dieser kommunistischen Partei finden 1968 die Kraft zu erkennen, dass sie umkehren müssen.

Warum umkehren?

Einige in der Führung verschließen nicht mehr die Augen davor, dass der Sozialismus keine blühende Tschechoslowakei geschaffen hat. Die Wirtschaftsexperten um Ota Sik haben längst erkannt, dass der ökonomische Rückstand zum Westen immer größer wird. Sik legt den Schwerpunkt auf eine Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Er wie andere wollen, dass die Bevölkerung ihres Landes den Kommunisten auch politisch wieder vertraut. Der Reformler Josef Smrkowski sagt: Was wir hier tun, hat noch nie jemand versucht: Demokratie und Sozialismus zu verbinden. Wir geben ein Beispiel für die sozialistischen Staaten und das muss auch die westeuropäischen Sozialisten interessieren. Die Vorstellung war nicht "dritter Weg", sondern: Wir bleiben Kommunisten. Aber die Verhältnisse müssen sich so ändern, dass uns die Leute aus freiem Willen zujubeln. Nicht auf Kommando.

Aus heutiger Perspektive, mit der Erfahrung des vollständigen Scheiterns, mutet das naiv an .

. und dieses Blauäugige symbolisiert in seiner Person Alexander Dubcek, dieser KP-Sekretär, der ein Moskau-Kader ist. Dubcek hat in der Sowjetunion gelebt und er hat die Parteischulen der KPdSU absolviert.

Hatte Dubcek ein persönliches, freundschaftliches Verhältnis zum KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew?

Das glaube ich nicht, obwohl Breschnew in seinen zahlreichen Telefongesprächen immer die sehr persönliche Anrede Sascha benutzt. Aber damit versucht er wahrscheinlich lediglich, eine Vertrautheit zu erzeugen, um Dubcek gut zuzureden, sich zu besinnen, umzukehren und die Sache in Prag doch bitte selbst zu erledigen.

Breshnew war also gar nicht die treibende Kraft einer militärischen Intervention?

Breshnew versucht lange zu vermitteln. Noch am 13. August spricht er über eine Stunde mit Dubcek. Er beschwört ihn regelrecht, die Macht wieder in die Hand zu nehmen. In gewisser Weise hing ja auch Breshnews Karriere daran. Er hatte zugestimmt, dass dieser Mann an die Spitze der KPTsch gelangt. Breshnew war beim Parteitag im Januar in Prag. Er trug nun in den Augen seines Politbüros in Moskau die Verantwortung, dass der Mann in Prag nicht aus dem Ruder lief. Breshnew hat gehofft, dass er Dubcek zum Springen bringt. Der sollte sich den sogenannten "gesunden Kräften", sprich: der Moskau-Fraktion, anschließen und "für Ordnung" sorgen, damit die Militäroperation vermieden würde. Aber der gewünschte Königsweg scheitert an Dubcek, der freundlich auf die Menschen zugeht und immer bemüht ist, den Konsens zu finden - in der Partei und in der Gesellschaft.

Später wird man den Interventionismus Breshnew-Doktrin nennen. Das ist also falsch?

Er war der erste Mann, deshalb wurde ihm die Doktrin zugeschrieben. Tatsächlich war diese Doktrin das gedankliche Kind eines Kollektivs. Man darf sich nicht vorstellen, dass die militärische Option im Moskauer Politbüro eine Entweder-Oder-Frage war. Einige drängten, andere waren vorsichtiger. Vor allem jene, die die Gesamtverantwortung für den strategischen Kurs der Sowjetunion trugen, wie Breshnew. Denen machten die möglichen internationalen Folgen Sorge. Einig waren sich alle, die CSSR muss als Diktatur im Imperium bleiben.

Wer machte besonders Druck?

Der militärisch-industrielle Komplex der UdSSR: Verteidigungsminister Georgi Gretscho, der Vertreter der Verteidigungsindustrie Dmitri Ustinow, der Geheimdienstchef Juri Andropow .

.der als russischer Botschafter in Budapest maßgeblich an der Niederschlagung des Aufstandes von 1956 beteiligt war .

. richtig. Dazu kamen die Parteichefs der Ukraine und Weißrusslands sowie SED-Chef Walter Ulbricht und der polnische Parteichef Wladislaw Gomulka. Letztere haben die Prager Entwicklungen als regelrechte Kriegserklärung empfunden. Sie hatten, so könnte man sarkastisch sagen, einen klaren Blick für die drohenden Gefahren. Sie fürchteten die Ansteckungsgefahr. Gomulka analysiert es im Laufe des Frühjahrs 1968 messerscharf. Er sagt: Es sei bedauerlich, dass in Prag - anders als in Budapest - keine Steine fliegen. Dann wäre die Sache einfacher. Aber was die kommunistischen Parteien vor sich sähen, sei die Transformation des sozialistischen Staates in einen bürgerlichen. Es gehe um die Schlüsselfrage des gesamten Bolschewismus, die Frage der Macht.

Als in Berlin 1953 die Frage der Macht stand, dauerte es praktisch nur Stunden, bis die sowjetischen Panzer rollten. In Ungarn 1956 nur wenig länger. Der Prager Frühling dauerte von Januar bis Ende August. Ein doch erstaunlicher Langmut .

Möchte man meinen. Anfangs gab es ja auch noch keinen Argwohn. Das Misstrauen kam aber gleich bei den ersten Schritten der Reformer. Auf völliges Unverständnis bei den Bündnispartnern im Warschauer Pakt stieß, als die Partei zuließ, dass sich die Medien ihre Freiheit nahmen. DDR-Botschafter Peter Florin berichtet am 10. März aus Prag: Die Massenmedien entwickeln sich zu Organisatoren der Konterrevolution.

Daraufhin wird Dubcek zu einem Gipfel des Warschauer Paktes nach Dresden einbestellt .

Es war ein wenig anders. Anfang März gelangt die KPdSU-Spitze zu der Ansicht, man müsse mit den Genossen in Prag reden. Alle müssten mit ihnen reden, die DDR, Polen, Ungarn, Bulgarien. Rumänien ließ man von vornherein außen vor, weil man wusste, die würden opponieren. Dubcek sagte, die KPTsch hätte genug anderes zu tun, als diesen Gipfel vorzubereiten. Er soll auch gesagt

haben, er sei noch nie in Dresden gewesen. Zuvor gab es noch nie einen Gipfel in der DDR. Ulbricht kam das gerade recht, bedeutete es doch eine protokollarische Aufwertung der DDR.

Aus dem Dresdner Kommuniqué erfährt man praktisch nichts. Was geschah während des Treffens?

Die Konferenz beginnt mit einer Erklärung Breshnews. Die Fragen, die hier zu besprechen seien, sagt er, seien so ernst, dass kein Protokoll geführt werde. Mit Zustimmung aller verlassen die technischen Kräfte den Saal. Allerdings unterließ Ulbricht diese Anweisung Breshnews. Er ließ einen Mitschnitt anfertigen. So war die SED die einzige Partei, die eine Aufzeichnung des Dresdner Treffens hatte, die jetzt ein sehr wertvolles Belegstück für die Entwicklung der Interventionspolitik ist.

Was kann man dort lesen?

In Dresden wird das politische Ziel formuliert. Man kann es in einem Wort sagen: Restauration. Die anderen verlangen die Wiederherstellung des Machtmonopols der Partei und sie wollen, dass die Tschechoslowaken gegen die Revisionisten einen entschlossenen Kampf führen. Ulbricht betont sogar, er sei nicht gegen Reformen. Aber es müssten Reformen sein, einer marxistisch-leninistischen Partei würdig. Ohne Geschrei und ohne dem Feind Material zu liefern. Der sowjetische Ministerpräsident Alexej Kossygin ist klarer. Er sagt an die Adresse der Prager: Wir hoffen, dass ihr die Ratschläge annehmt. Wenn nicht, werden wir handeln. Gleichgültig, was es uns kosten wird.

Kurz darauf beschließen die Prager Kommunisten im April ihr Aktionsprogramm. Entspricht es den Vorstellungen der Dresdner Tagung?

Überhaupt nicht. Die SED sagt, das sei das Programm der Konterrevolution. Es beinhalte die Umwandlung der kommunistischen Partei in eine sozialdemokratische. Wenn man sich das Statut der KPTSch ansieht, ist das sogar richtig: freie Wahlen in der Partei, der Schutz von Minderheitenmeinungen, was praktisch die Aufhebung des Fraktionsverbotes bedeutet. Und der zentrale Punkt: Die KPTSch nimmt ihren Führungsanspruch zurück.

Wann genau kommt die militärische Option des Eingreifens ins Spiel?

Das ist der in den sowjetischen Quellen am wenigsten dokumentierte Aspekt. Zehn Tage nach dem Dresdner Treffen im März sagt Verteidigungsminister Gretschno, verkürzt gesprochen: Wenn die Partei befiehlt, marschieren wir. Im April wird der Chef der Luftlandetruppen schon einmal vorsorglich angewiesen, sich darum zu kümmern, wo und wie eine Luftlandeoperation in der Tschechoslowakei durchführbar wäre. Endgültig kommt die militärische Option im Mai ins Spiel, als Dubcek bei Gesprächen in Moskau zustimmt, in seinem Land Manöver abzuhalten.

Welches Ziel hatte die Übung?

Sie dient eindeutig dazu, die Moskauer Fraktion in Prag zu stärken, die anderen einzuschüchtern und die Invasion vorzubereiten.

An diesen Manövern unter dem Titel "Sumava" ("Böhmerwald") sind die Streitkräfte der DDR, ist die NVA noch beteiligt. An der Invasion nicht. Warum?

Am Manöver kann die NVA erst nach einem massiven Protest von Verteidigungsminister Heinz Hoffmann teilnehmen. Was heute ganz aus dem Blick ist: Die damaligen sowjetischen Kommandeure waren alle Helden des Großen Vaterländischen Krieges. Die hatten überhaupt nicht vergessen, gegen wen sie gekämpft und von wem sie die Tschechoslowakei befreit hatten. Das galt auch für Breschnew und den tschechoslowakischen Präsidenten Ludvík Svoboda, die sich beide im Krieg kennenlernten. Svoboda wollte auf keinen Fall "Feldgrau" in Böhmen.

Aber die NVA war mobilisiert.

Richtig. Den Befehl, dass sie nicht einmarschieren, bekamen sie erst am 20. August abends. Da wurde der Kommandeur der 7. Panzerdivision, die der 20. sowjetischen Gardedivision unterstellt war, informiert, dass er in Reserve bleibt. Gleiches gilt für die 11. mot.-Schützen-Division. Ulbricht soll getobt haben. Das ist verbürgt.

Die SED-Führung erweckt danach den Eindruck, die NVA sei dabei gewesen .

Das ist eine Frage, die Milan Klusak, der Schwiegersohn von Svoboda, später, am 23. August, bei Gesprächen in Moskau vorbringt: Haben die Deutschen die Grenze überschritten? Breshnew sagt kategorisch: Nein. Klusak erwidert: Aber ganz Prag ist davon überzeugt, dass sie da sind. Breshnew daraufhin: Das ist eine Provokation. Wir haben sie zurückgehalten. Und die deutschen Genossen waren beleidigt wegen des Misstrauens.

Noch einmal einen kleinen Schritt zurück. Nach dem Manöver "Sumava" kommt es zu einem denkwürdigen Ereignis. Zum ersten und einzigen Mal in seiner Geschichte reist das gesamte sowjetische Politbüro zur gleichen Zeit ins Ausland. In einem Eisenbahnwaggon und in einem Kulturhaus konferieren die sowjetischen Genossen mit den Pragern im slowakischen Cierna nad Tisou. Warum hielt Moskau diese Machtdemonstration für nötig, wenn doch der Einmarsch da schon beschlossene Sache war?

Die Frage, vor der Moskau stand, war ja nicht nur die der Intervention. Es galt auch zu klären, was nach dem Einmarsch geschieht. Wer wird eigentlich den restaurativen Prozess führen. Wer in Prag hat den Mut? Ulbricht hatte schon im Mai gesagt: Wir müssen die Minderheit unterstützen, die noch auf unserer Linie ist. Diese Linie muss aber organisiert werden. Vom Treffen in Cierna gibt es tatsächlich kein Protokoll. Neben Dubcek saßen die Konservativen Vasil Bilak und Alois Indra, die später Schlüsselrollen bei der Restauration spielten.

Die Absprachen wurden dann mit den anderen Parteichefs des Warschauer Paktes in Bratislava erörtert. Warum war das nötig, konnte man doch davon ausgehen, dass diese keine Einwände erhoben?

Die Moskauer Führung hatte noch die blutigen Ereignisse in Ungarn 1956 in Erinnerung. Sie wollte nicht noch einmal die Stigmatisierung, die sie damals allein traf: Eine Großmacht, die ein kleines Volk vergewaltigt - dieses Bild sollte auf keinen Fall wieder entstehen. Man wollte, dass das sozialistische Lager auftritt und es legalistisch zugeht.

Mit Hilfe einer Einladung zur Intervention .

. die der ZK-Sekretär Bilak dem Vernehmen nach auf dem Klo in Bratislava übergeben haben soll, ohne dass Dubcek davon Kenntnis erhielt. Bei den beiden letzten Treffen geht es um ein regelrechtes Drehbuch für einen bürokratischen Putsch.

Dieses Konzept geht jedoch am Ende nicht auf. Es gibt Widerstand.

Richtig.

Was ist schief gegangen?

Am Abend des 20. August trifft sich die engere Parteiführung, das Präsidium, in Prag, um den für September einberufenen Parteitag vorzubereiten. Nach den Moskauer Planungen sollten da die "gesunden Kräfte" Dubcek absetzen, die Macht übernehmen, die Massenmedien unter Kontrolle bringen und dann die Einladung als Wunsch der neuen Parteiführung präsentieren. Zeitlich sollte sich das alles einige Stunden vor dem Einmarsch abspielen.

Soweit der Plan .

Aber er scheiterte kläglich, denn im Parteipräsidium waren die Putschisten noch gar nicht so weit gekommen, als die Meldung eintraf, sowjetische Truppen seien auf dem Prager Flughafen gelandet. Daraufhin verfasste ZK-Sekretär Zdenek Mlynar sofort einen Resolutionsentwurf, der den Einmarsch als Bruch des Völkerrechts verurteilte. Der Entwurf wird mit einer Mehrheit von sechs zu vier Stimmen angenommen und auch veröffentlicht. Das ist das Erste, was so nicht vorgesehen war. Das zweite, für den weiteren Verlauf sogar noch verheerendere Ereignis aus Sicht der Putschisten: Die tschechischen Techniker und Journalisten behalten zunächst Rundfunk und Fernsehen in der Hand. Sie verbreiten Dubceks Appell zum passiven Widerstand. Die Sowjets internieren Dubcek, aber die Nationalversammlung ruft zum Generalstreik auf. Der 14. Parteitag tritt illegal in Prag zusammen, wählt ein ZK mit den verhafteten Reformern an der Spitze und beschließt, dass kein Parteifunktionär sich den Okkupanten zur Verfügung stellen durfte. Der passive Widerstand entfaltet sich, an manchen Orten erhalten die Interventionssoldaten nicht einmal Wasser. So verwandelt sich der militärische Sieg binnen Kurzem in eine politische Katastrophe.

Der Westen gibt sich überrascht, die Geheimdienste scheinen versagt zu haben.

Das haben sie keineswegs. Bereits im Mai gibt es eine Analyse der CIA, die klar sagt, es wird einen Einmarsch geben. Der Rat der Geheimdienste ist: "No action." Oder, wie die tschechoslowakische Opposition später bitter sagen wird: Jalta, die Konferenz zur Aufteilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, gilt.

Das wusste auch Moskau?

Ja, denn es gab offizielle Kontakte. Als der Beschluss zum Einmarsch im Moskauer Politbüro fällt, werden Briefe an die Regierungen der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland geschickt. Am 20. August ist der sowjetische Botschafter Anatoli Dobrynin im Weißen Haus und versichert: Das ist keine Aktion, die gegen den Westen gerichtet ist. So sah die Realpolitik der Supermächte aus. Nach der Kuba-Krise haben sie sich gegenseitig informiert. Man kann das nicht Abstimmung nennen. Aber es gab Informationen, um Eskalationen zu vermeiden.

Zum Zeitpunkt des Einmarsches war also allen Seiten klar: Dies wird den Ost-West-Konflikt nicht weiter verschärfen?

Ja. Bei der Reaktion der Amerikaner ist auch zu bedenken, was jenseits des Atlantiks in diesem Jahr 1968 los war. Die Amerikaner hatten im Mai eine Niederlage gegen die Nordvietnamesen in der Tet-Offensive hinnehmen müssen. Zwei politische Morde erschütterten die Gesellschaft: an Robert Kennedy, dem Präsidentschaftskandidaten der Demokraten, und an dem Bürgerrechtler Martin Luther King. Die Situation war alles andere als stabil. Das Militär sagte entschieden: Zwei Kriegsschauplätze übersteigen unsere Möglichkeiten.

So hat also die Intervention ihr Ziel vollständig erreicht, die Vorstellung von der Möglichkeit eines demokratischen Sozialismus zu vernichten?

Für den sowjetischen Einflussbereich gilt das auf jeden Fall. Und die kommunistischen Funktionäre hatten ja recht, denn zwei Jahrzehnte später läuft in ihren Ländern genau jener Prozess ab, den sie in Prag 1968 mit Brachialgewalt verhinderten. Die politische Wende in Osteuropa 1989 beginnt mit Pressefreiheit. Das Volk mischt sich ungerufen ein. Die kommunistischen Parteien differenzieren sich im Innern, Teile oder die ganze Partei wie in Ungarn und Polen, sozialdemokratisieren sich. Der real existierende Sozialismus bricht in sich zusammen.

Es ist ein kalter Januarnachmittag im Jahr 1969. Jan Palach steht auf der Freitreppe des Nationalmuseums am Prager Wenzelsplatz. Plötzlich übergießt sich der Student mit Benzin, entzündet die Flüssigkeit mit einem Streichholz und steht augenblicklich am ganzen Körper in Flammen. Palach rennt über den Wenzelsplatz, auf eine Straßenbahnhaltestelle zu. Passanten löschen die Flammen. Doch die Verbrennungen sind zu stark. Drei Tage später stirbt Palach in

einem Krankenhaus. Seinen Abschiedsbrief hat man in einer Aktentasche gefunden, die der junge Mann am Rande des Brunnens vor dem Museum abgelegt hatte. Am Tag nach Palachs Tod werden Plakate an die Wände in Prag geklebt. Es ist der Brief. Dort steht zu lesen: "Da unser Land davor steht, der Hoffnungslosigkeit zu erliegen, haben wir uns dazu entschlossen, unserem Protest auf diese Weise Ausdruck zu verleihen, um die Menschen aufzurütteln."

Dieses Ziel erreicht Palach mit seinem Opfertod nicht. Im April 1969 wird Alexander Dubcek endgültig entmachtet und in einen Forstbetrieb am Rande Bratislavas geschickt. Sowjetische Truppen bleiben noch viele Jahre in der CSSR stationiert.

Manfred Wilke

Foto: Der Soziologe Professor Manfred Wilke, Jahrgang 1941, war 1968 in der Studentenbewegung in West-Berlin aktiv und damals einer der wenigen, die sich für die Entwicklungen in Prag interessierten.

In einer Reihe von Veröffentlichungen beschäftigte er sich bereits in den 70er- Jahren als Herausgeber und Autor mit den Ereignissen in Prag

Er war 1992 einer der Mitbegründer des Forschungsverbundes SED-Staat und bis 2006 einer der beiden Leiter.

Als Mitautor des gerade erschienenen zweibändigen Buches "Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968" (Böhlau-Verlag, 84,90 Euro) beschäftigt sich Wilke mit der Rolle der SED-Führung.